

Frankfurt/Main, 21. August 2009

## Fairnessabkommen in Brandenburg

# Gegen Lohndumping und Sozialabbau

Im Nachgang zur erfolgten Ausschreibung des sogenannten Netzes „Stadtbahn“ soll zwischen den beteiligten Unternehmen und den Gewerkschaften ein Fairnessabkommen abgeschlossen werden. Darauf einigte sich die GDL in einem Spitzengespräch mit dem brandenburgischen Verkehrsminister Dellmann und den Unternehmen DB AG und ODEG.

Im geplanten Abkommen sollen als wesentlicher Eckpunkt tarifvertragliche Regelungen auf gleichem Tarifniveau in den Eisenbahnverkehrsunternehmen angestrebt werden, die im Zuge der Vergabe zukünftig die Verkehrsleistungen erbringen werden. Damit ist der Weg frei für Tarifverhandlungen zum von der GDL geforderten Flächentarifvertrag für das Eisenbahnpersonal (Flächen-EFPTV). In diesem Zusammenhang wurden DB Regio AG und ODEG auch gleich zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Von beiden Unternehmen wurde Verhandlungsbereitschaft signalisiert.

Das Abkommen soll weiterhin vorsehen, dass diejenigen Beschäftigten, die im Zuge der Vergabeentscheidung vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht sind, ein Weiterbeschäftigungsangebot erhalten. Auch sagte Dellmann zu, dass bei künftigen Ausschreibungen die EU-Verordnung Nr. 1370/2007 im Sinne der Beschäftigten angewendet wird. Die Verordnung ermöglicht den Ländern, bei Ausschreibungen Tariftreue zu verlangen, und damit einhergehend mittels eines fiktiven Betriebsüberganges die Übernahme von Beschäftigten zu regeln. Darüber hinaus verpflichtet sich das Land Brandenburg, auch bei weiteren Ausschreibungen eine 100-prozentige Besetzung mit Zugbegleitern zu verlangen.

Das Abkommen, welches Pilotcharakter auch für andere Bundesländer haben könnte, soll möglichst bis Dezember 2009 abgeschlossen sein. Die Gespräche werden zeitnah fortgesetzt.